Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/1031

30. 10. 87

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

Entschließung zu der Notwendigkeit, die Menschenrechte in den baltischen Staaten zu respektieren

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

A. in der Erwägung, daß der 23. August 1987, der 48. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts, in den baltischen Ländern nicht unbemerkt verstrichen ist und daß an diesem Tag Esten in Tallin, Letten in Riga und Litauer in Wilna zu Tausenden für das Selbstbestimmungsrecht ihrer Völker demonstriert haben,

B. beunruhigt wegen der Verletzung der Menschenrechte und insbesondere der Religionsfreiheit in den baltischen Ländern sowie – einmal mehr – wegen des Schicksals zahlreicher aus politischen und religiösen Gründen Inhaftierter,

C. ferner beunruhigt über die durchgreifende Russifizierung in diesen Ländern, durch die die angestammte Bevölkerung, vor allem in Estland und Lettland, in die Minderheit zu geraten und die baltische Kultur zerstört zu werden droht,

D. unter Hinweis auf die von der Sowjetunion unterzeichnete und ratifizierte Schlußakte von Helsinki,

E. unter Hinweis auf seine frühere Entschließung vom 13. Januar 1983 sowie auf die vom Europarat am 28. Januar 1987 einstimmig angenommene Resolution zur Situation der baltischen Staaten,

F. unter Hinweis auf den Vorschlag von Michail Gorbatschow, in Moskau eine internationale Konferenz zu den Menschenrechten zu veranstalten,

G. in der Hoffnung, daß die Phase der Entspannung zwischen Ost und West endlich eine deutliche Verbesserung der Situation der baltischen Völker bewirken möge —

1. fordert die sowjetischen Behörden auf, insbesondere aus Anlaß des 70. Jahrestages der russischen Revolution alle aus

---

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments – 28359 – vom 26. Oktober 1987.
Das Europäische Parlament hat die Entschließung in der Sitzung vom 15. Oktober 1987 angenommen.

politischen und religiösen Gründen inhaftierten Angehörigen der baltischen Völker freizulassen;

2. appelliert an die sowjetischen Behörden, das Selbstbestimmungsrecht und die Menschenrechte in den baltischen Staaten zu achten;

3. fordert die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten auf, alles in ihren Kräften Stehende zu unternehmen, um die Teilnehmerstaaten der KSZE-Folgekonferenz in Wien dazu zu bewegen, dahin gehend Druck auf die sowjetischen Behörden auszuüben, daß sie die Lage in den baltischen Staaten verbessern;

4. fordert die Medien in der Europäischen Gemeinschaft auf, nicht nur über die von Unterdrückung gekennzeichnete Situation in den baltischen Ländern, sondern auch über ihren geschichtlichen Hintergrund zu berichten, um zu verhindern, daß diese Fakten in Vergessenheit geraten;

5. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung den im Rahmen der Politischen Zusammenarbeit zusammentretenden Außenministern, der Kommission, den Parlamenten der Mitgliedstaaten und den sowjetischen Behörden zu übermitteln.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333